

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **64 (1984)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reagans unvollständige «Gegenrevolution»

Für die Rechte ist der Präsident nur das «kleinere Übel»

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass Präsident Ronald Reagan für weitere vier Jahre, wenn er sie erlebt, also bis über sein 76. Jahr hinaus, im Weissen Haus residieren wird. Die Gering-schätzung der politischen Fähigkeiten des einstigen mittleren Filmschauspielers ist europäisch – sie findet in den Amerikaberichten erfahrener deutscher Beobachter wie Marion Dönhoff, Klaus Harpprecht, Peter Merseburger Ausdruck – sie war aber in den Ostküste-Staaten der USA ebenso verbreitet.

In einem Film der sechziger Jahre, den ich unlängst im amerikanischen Fernsehen zufällig sah, war es als ein Gag gedacht, wenn Walter Mattau sagt: «Ich habe eine Tante, die wartet darauf, dass Reagan Präsident wird.»

Sieg des «Sonnengürtels»

Der Umstand, dass Ronald Reagan in der Gouverneurswahl von Kalifornien den Demokraten Pat Brown mit einer Mehrheit von einer Million Stimmen schlug – den gleichen Pat Brown, der zuvor Richard Nixon mit einer Dritt-million Stimmen überrundet hatte – und dass Reagan ebenso triumphal als Gouverneur des grössten Einzelstaates wiedergewählt wurde, hat New York und Boston nicht sonderlich beeindruckt. Da wirkte offenbar Klima und

Demographie zugunsten der von Reagan verkörperten konservativen Ideologie. Die Demokraten blieben stark im «Frostgürtel» – Osten und Norden. Die Republikaner erstarkten unaufhaltsam im «Sonnengürtel» – Westen und Süden. Nevada und Arizona erfuhren durch Zuwanderung stürmisches Bevölkerungswachstum, während sich der Osten gerade nur behauptete, eher schon Rückgang verzeichnete. «Wir haben die Massen unqualifizierter Arbeiter aus dem Süden absorbiert und jetzt verlieren wir an ihn unsere qualifizierten Arbeiter» – Feststellung eines New Yorkers. Warum aber sollte sich diese ausgebildete beweglichere Bevölkerung dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konservatismus hingeben?

Nationweit bleiben die Demokraten die stärkere Partei. Woher dann die Wahlsiege der beiden kalifornischen Republikaner Nixon und Reagan? Wenn Reagans Ausgangspunkt Kalifornien war, in welchen Staat er wie so viele aus dem Mittleren Westen eingewandert war, so hatte doch sein Wahlsieg nationale Dimension.

Die Republikaner galten den Liberalen als die Partei der «corporations», der Trusts, der Geschäftsleute, der alteingesessenen aus Nordeuropa stammenden WASP (White anglosaxon protestants), während die ärmeren Schichten, die Juden, die Italiener, die

Schwarzen, die Hispanischen sich bei den Demokraten aufgehoben fühlten. Doch über ein Drittel der Schwarzen hat für Reagan gestimmt, auch die Hälfte der «blue collar workers», der Fabrikarbeiter – die mächtige, allerdings recht korrupte Gewerkschaft der «teamsters», der Lastwagenfahrer, trat für Reagan ein, und jene Gewerkschaften, die sich gegen den Kandidaten aussprachen, fanden bei ihren Mitgliedern wenig Echo.

Unter den organisierten Gruppen, die heute als Mächte gelten, nimmt derzeit «Labour» nach Befragungen nur die vierzehnte Stelle ein – eine für Europäer unfassbare Rangordnung.

In Reagans konservatives Programm flossen verschiedenste Strömungen, Gefühle, Traditionen zusammen. Da sind die Fundamentalisten des «Bibeltürtels», die die Schulbibliotheken säubern und die biblische Schöpfungsgeschichte als naturwissenschaftlichen Lehrstoff fordern; da ist die «moral majority», die sich selbst so nennende «moralische Mehrheit», die gegen Drogen, Pornographie und alle sonstige Sittenverderbnis kämpft, gegen «school busing», gegen die schärfere Kontrolle des Verkaufs von Schusswaffen aller Art und sonstige «anti-amerikanische Umtriebe».

Prediger, von denen Jerry Falwell der bekannteste ist, erreichen Millionen Fernsehzuschauer und Radiohörer, die durch Spenden ihre Zustimmung bezeugen. Da sind libertäre Konservative, die für extremen Individualismus eintreten, gegen alle Staatsintervention und Regulierung kämpfen; da sind die «Neokonservativen», die eher von der Ostküste kommen, oft, aber nur teilweise zutreffend, mit nach rechts abgedrifteten jüdischen

Intellektuellen gleichgesetzt – Professoren, Herausgebern von Zeitschriften usw. Doch spielen insbesondere zwei Iren eine bedeutende Rolle, die UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick – Verfasserin bemerkenswerter Bücher über die Frau in der amerikanischen Politik, über Argentinien und anderes – und Senator Patrick Moynihan, Demokrat, sowie der Soziologe James Q. Wilson und der schwarze Professor Thomas Sowell.

Die Neokonservativen sehen sich selber als die Liberalen, die sie schon immer waren, und die durch die Entwicklung des Liberalismus zum Kollektivismus hin ihre Richtung änderten, um sich selber treu zu bleiben – eine Selbstbeurteilung, die nur zum Teil überzeugt. Der heftige Streit mit den Linksliberalen, die aus dem gleichen Milieu stammen und ebenso «privilegiert» sind, hat ihre Kriterien verändert.

Der extreme Wirtschaftsliberalismus, den Milton Friedmann vertritt, wird zum Konservativismus gerechnet. Geht es gegen den Wohlfahrtsstaat als solchen oder gegen seine nicht mehr kontrollierbare Überbürokratisierung, gegen seine Mängel, Auswüchse und konterproduktiven Züge?

Die antipuritanische Herausforderung

Es darf nicht übersehen werden, dass die Herausforderung eines neuen, schnell und unangenehm kommerzialisierten «Lebensstils» einer Mehrheit zuwider war und Gegenreaktionen auslöste. Der extreme Individualismus und Narzissmus, der allen gemeinschaftstragenden, traditionellen Wert-

vorstellungen absagte und jedes genußbringende Verhalten für mindestens so berechtigt wie die bestehende Norm hielt – auch Linke wie Christoph Lasch haben diese Tendenz scharf kritisiert –, musste Gegenwehr hervorrufen.

Das Amerika der sechziger Jahre war wesentlich von der jüngeren Generation bestimmt – damals wurde eine oberflächliche Schrift «The greening of America» – das grüne, junge, neue Massstäbe für alle setzende Amerika – zum Kultbuch. «*The New Yorker*» erwarb den Vorabdruck. Ted Kennedy hatte diese «Jugendrevolution» vertreten – mehr durch seinen Stil als durch seine Politik, soweit er Zeit hatte, eine solche einzuleiten.

Wenn sich nunmehr mit Ronald Reagan die alte Generation durchgesetzt hat, so entspricht das zum Teil einer älteren Wählerschaft. Und unter den Studenten folgten auf eine Generation der Revolutionäre, des Konsumwachstums, des Vietnamkrieges und des Protestes dagegen eine Generation von Studenten, die an Prüfungen, an Karriere denkt, wie es einer dürftigeren Zeit mit verengten Chancen entspricht.

Welche Art Konservativer ist Reagan selber? Ist er nur ein Schauspieler, eine Charaktermaske, den sich Milliarden geholt haben, oder ist er mit starken Überzeugungen der ideologischste Präsident, den die USA je hatten?

Die eigentliche neue oder extreme Rechte war von Präsident Reagan schon enttäuscht, bevor er gewählt wurde. Als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft hatte er den liberalen Republikaner George Bush geholt. Zunächst sah es so aus, als werde der

Präsident alle umweltschützerischen und sonstigen Hemmungen für die Unternehmer abschaffen. Die Ernennung eines Ultrakonservativen zum Innenminister sprach dafür. Doch Watt musste zurücktreten, nachdem er wichtige Teile der Wählerschaft unerträglich provoziert hatte. Für den Umweltschutz steht jetzt mit Ruckelshausen ein Mann von bekannter Integrität.

Viele Europäer sahen in Reagan einen starren Politiker – «unbelehrbar» nennt ihn Marion Dönhoff wegen der Sanktionen gegen die europäischen Geschäfte mit sowjetischem Erdgas, doch eben diese Sanktionen wurden wieder zurückgenommen.

Reagan steckte Milliarden in die Rüstung und hat ihnen zuliebe sein Konzept eines Budgets des Gleichgewichts aufgegeben. Er verringerte unbarmherzig die Hilfe für die sehr zahlreichen ganz Armen. Doch zeigte dieser Präsident mehr Manövrier- und Kompromissfähigkeit als ihm zugeutraut wurde. Im Gegensatz zu Carter, dem die Gabe wie die Fähigkeit zu persönlichem Umgang mit Kongressmitgliedern, auch der eigenen Partei, abging, brachte Reagan in einem mehrheitlich demokratischen Repräsentantenhaus eine überparteiliche Mehrheit für sein Budget zusammen. Allerdings machte er auf dem Gebiet der «deregulation» seinen Freunden wie der Teamstergewerkschaft die bedenklichsten Zugeständnisse.

Wenn die massiven Steuererleichterungen für Unternehmer zum rekordhohen Defizit beitrugen – auch demokratische Präsidenten haben die Investitionen fördern wollen, insbesondere tat es Kennedy –, so haben die Zugeständnisse an die Erdölgesellschaften den Staat zuviel gekostet. Doch

Entsprechendes hatte auch Jimmy Carter vorgesehen. Der wäre in seiner zweiten Amtszeit – hätten ihm die Wähler eine solche erlaubt – wahrscheinlich konservativer gewesen als Reagan; mindestens ist diese These von Kennern vertreten worden.

Allerdings herrscht heute die Meinung vor: wer hat, dem wird gegeben, den Armen wird genommen. Die schnoddrige Bemerkung des Präsidentenberaters Meese, es gebe gar keine Hungrigen, hat schockiert. Als Rezept gegen die Krise hatte schon der brave Soldat Schwejk empfohlen: «Grössere Strenge gegen die armen Leute.»

In den Wahlen ins Repräsentantenhaus buchten die Demokraten Erfolge; sie hoffen – mit weniger Gewissheit –, die Mehrheit im Senat zurückzugewinnen. Doch 37 Sitze mehr im Kongress, das ist noch kein Durchbruch, eher eine deutliche Warnung.

Der relative Erfolg

In den USA verhielt es sich ähnlich wie in Grossbritannien, wo der Konservatismus ebenfalls – in Margaret Thatcher – eine charismatische Persönlichkeit fand und einen grossen Teil der Arbeiter als Wähler gewann. Die Inflation war unter Carter zweistellig geworden und ging zurück – das hat mehr Wähler berührt als die Arbeitslosigkeit, die überhaupt zu erstaunlich wenig aktivem Protest führt.

War es das Verdienst der «reaganomics» oder im Gegenteil einer pragmatischen Wirtschaft ohne Ideologie? Wie in Frankreich – unter politisch und wirtschaftstheoretisch genau umgekehrten Voraussetzungen – wurde ein Aufschwung des Konsums, weniger

der Investitionen, erreicht, das Defizit des Aussenhandels wuchs. Dagegen schützt ein starker Dollar so wenig – eher ist es umgekehrt – wie ein schwacher Franc. Das Haushaltsdefizit sollte sich der Null annähern und übersteigt zweihundert Milliarden Dollar. Wie es für die zweite Amtszeit eines Präsidenten offenbar die Regel ist, hat das Federal Reserve System die Geldmenge vergrössert.

Wenn die Inflation, aber auch die Arbeitslosigkeit beachtlich zurückgegangen ist – in den USA im Gegensatz zur EG entstehen neue Arbeitsplätze – zählen nicht die Ursachen dieses relativen Erfolges, sondern nur er selber. Es ist der neue, von der Börse enthusiastisch vorweggenommene Trend, der Reagans neue Kandidatur ermöglicht.

Zum Aufschwung gehören Verhaltensweisen, die europäische Gewerkschaften befremden: freiwillige Annahme massiver Lohnabstriche, um bedrohte Unternehmen am Leben zu erhalten. Merkwürdigerweise finden staatliche Betriebe, die doch als «Gemeinbesitz» gelten, nie eine solche Solidarität. Den amerikanischen Gewerkschaften entspricht ein solcher Verzicht nicht, nur mussten sie sich dem Willen der Arbeitnehmer fügen.

Ist das soziale Netz grobmaschig und löchrig geworden? Ganze Sektoren der Wohlfahrt sind eingeschränkt worden – für junge Arbeitslose, darunter insbesondere junge Schwarze – führt das oft zu wirklicher Not. Die beiden Formen der Krankenversicherung – «medicare» für die Rentner, «medicaid» für die übrigen – sind einigermaßen intakt geblieben. Die Mehrheit der Bezugsberechtigten hat eher Vorteile durch die geminderte Inflation.

Doch ist in den USA das Absinken in Armut oft weit drastischer als in unserem Kontinent.

In der Austeilung der Gutscheine für Nahrungsmittel wie in anderen Bereichen gab es Missbräuche, doch ist die Korrektur oft zu weit gegangen. Doch insgesamt ist der Sozialstaat nicht abgeschafft, nicht entscheidend «gestutzt» worden. Auch finden hier die Wirtschaftsliberalen weiterhin Anlass zu Kritik.

Eine Entwicklung – über ihre Ausmasse lässt sich streiten – ist positiv. Zuvor war ein Rückgang des Eigeninteresses, der voluntaristischen Organisationen zu verzeichnen gewesen. In der Gefahr erwachten diese Organisationen zu neuem Leben. Die Mitglieder aktivierten sich, schickten Beiträge. Ein solcher Aktivismus wird in den USA bald zu einer Macht, erzwingt Rücksichtnahme. So sammelten sich auch gegen den Abbau des Umweltschutzes mit Erfolg die Gegenkräfte – es berührt ja weite Interessen und Bürger aller Kategorien.

Das Immigrantentland

In einer Beziehung unterscheiden sich die Vereinigten Staaten – und darin hat sich nichts verändert – fundamental von Westeuropa. Sie nehmen Einwanderer aus allen Kontinenten auf – seit der Abschaffung ethnischer Beschränkungen besonders aus Asien und den spanisch sprechenden Ländern – darunter Puerto Rico, Teil der USA, deren Bewohner als Einwanderer ein anderes Statut haben als auf der Insel.

Der pauschale Begriff «hispanics» oder – familiärer aber von den Betroffenen nicht gern gehört – «chicanos»

wird der Vielfalt der Immigration nicht gerecht. Wir hören, seit Amerika zum offensten Einwanderungsland geworden ist, mehr denn je über das Versagen der Assimilation, das Erkalten des Schmelztiegels. Dabei wächst die Zahl der Mischehen, seit Ideologen die Höherwertung der «Ethnien» begründen. Die Wirklichkeit und die Vorstellung von ihr gehen verschiedene Wege.

Angesichts des Ausmasses der legalen und illegalen Einwanderung fällt auf, dass die USA keine Entsprechung des deutschen «Türkenproblems», des französischen «Maghrebinerproblems» haben. Die Amerikanisierung findet ständig und unmerklich statt. Die Vorzüge der Beherrschung des Englischen sind zu gross, als dass sich die sprachliche Balkanisierung durchsetzen kann. Was immer die Gründe – und es sind bei den billigen Arbeitskräften aus Mexiko nicht die nobelsten –, Tatsache ist, dass auch für die Konservativen das Problem der Fremdarbeiter nicht jene Rolle spielt, die sich in Europa mit extremen rechten Tendenzen verbindet.

Konflikte gibt es freilich eher zwischen eingesessenen und neudazustossenden Minderheiten als zwischen Unternehmern und Arbeitern. In Florida haben die besser ausgebildeten Kubaner den Schwarzen viele Plätze weggenommen, was in Miami zu blutigen Zusammenstössen führte.

Ein ständiger Zustrom kann nicht ohne Reibungen und Konflikte abgehen – doch im ganzen bewährt sich die Assimilationsfähigkeit, insbesondere bei Einwanderern aus China, Japan, den Philippinen, die die stärkste soziale «Aufwärtsmobilität» haben. Während solche Gruppen noch nach

«Quotas» in Studienplätzen und Anstellung abgesichert werden, gehören sie bereits ihren Einkünften nach zu den erfolgreichsten Amerikanern. Voraussetzung der Offenheit ist, dass zunächst die Neueinwanderer mit einem sehr niedrigen Lebensstandard rechnen.

Die Konservativen hatten die «Quotas» angegriffen, die «umgekehrte Diskriminierung», die den Minderheiten Chancen sichern soll. Gegen die «Quotas» wendet sich auch der genannte schwarze Soziologe Thomas Sowell. Sein Argument: kein Schwarzer könne mehr glauben machen, dass er wegen wirklicher Leistungen ein Diplom erhalten habe, wenn ein solches als Korrektur der sozialen Benachteiligung gegeben worden sei.

Die Konservativen übernahmen den einstigen liberalen Anspruch: es gibt nur Einzelne, nicht Rassen, wir sind farbenblind. Doch damit ist ein wirkliches Problem nicht gelöst. Auch ist Reagan nicht entschieden für die Abschaffung der «Quotas» eingetreten. Allerdings gab es da einen Sündenfall. Reagan wollte einer auf Rassentrennung gegründeten Privatschule Anspruch auf Subvention zuerkennen. Das führte zu einem Entrüstungssturm und zu einem Rückzieher. Hingegen hat sich der Präsident persönlich gegen einen Gesetzesvorschlag ausgesprochen, der homosexuelle Lehrer aus den Schulen entfernen wollte. Reagan meinte, da könne ein schlechtbenoteter Schüler jeweils den Lehrer als «homo» denunzieren.

Enttäuschte Rechte

In der Erwartung der Sittenrevolution hat Reagan die Neue Rechte ent-

täuscht, ihnen eher in Worten als in Taten Befriedigungen gegönnt. Ein führender rechtskonservativer Ideologe wie Richard Viguerie äussert seine tiefe Unzufriedenheit und überlegt, welchen «echten» Konservativen man als Kandidaten gegen Reagan oder zur Entmutigung der Kandidatur Reagans aufbauen könnte.

Doch ist rechts von Ronald Reagan kein Platz. Auch eine enttäuschte Rechte wird diesen Präsidenten, wenn gleich nurmehr als das kleinere Übel akzeptieren.

Ist der einstige Gewerkschafter und Anhänger des New Deal – man sollte Reagans Selbstbiographie «Where is the rest of me?» zur Kenntnis nehmen, die leider nicht ins Deutsche übersetzt wurde – ein dogmatischer Konservativer, der gezwungen ist, Kompromisse zu schliessen, oder ist er wie seine Vorgänger ein Präsident, dem politische Beweglichkeit und Herstellung überparteilicher Mehrheiten eine Selbstverständlichkeit ist?

Widersprüche

Der Mann, der vor den Farmern seinen Vorgänger Carter denunziert, er habe ihnen das Geschäft mit der Sowjetunion verderben wollen, und der gleichzeitig Europäer wegen Geschäften mit der Sowjetunion bestrafen wollte, trägt dem Druck der Lobbies Rechnung, fügt sich aber auch dem Rat von Mitarbeitern mit weiterem Horizont. Der Sinn für die Bedeutung des Ideenkampfes in der Weltpolitik, der Ost-West-Auseinandersetzung geht ihm allerdings ab – das hat die intellektuellen Neokonservativen tief enttäuscht – denn Schimpftiraden sind

das Gegenteil eines solchen Ideenkampfes. Doch ist der Einfluss der Neokonservativen auf die Wähler gering. Ihre Bedeutung lag darin, dass sie mit intellektuellen Mitteln die Linkliberalen in die Defensive getrieben haben und neue Themen in die Diskussion einbrachten, die auch ihre Gegner übernehmen mussten.

Ein Bereich ist zu nennen, in welchem sich ein starker Trend mit den Überzeugungen des Kaliforniers deckt: die Stärkung der Einzelstaaten, das Abwälzen auf sie von Leistungen und Verantwortungen, die der Bundesstaat an sich gezogen hatte. Die Macht der Einzelstaaten steigt schon lange, die Zahl ihrer Beamten ist mehr gewachsen als die Bürokratie in Washington DC. Doch sind viele dieser Staaten, vor allem die ärmeren, gar nicht begierig auf Überbürdung; und sie fordern insbesondere, dass die Verantwortung für die Einwanderer bundesstaatlich bleibe. Das amerikanische Fernsehen kann leider in keinem positiven Sinn als gemeinschaftsfördernde kulturelle Einrichtung gelten, doch ist seine uniformisierende Wirkung unverkennbar. Auch vor Reagans Präsidentschaft hatte der Bundesstaat gegenüber den Einzelstaaten kein voll wirksames Instrumentarium, doch zu einer umfassenderen Kompetenzerweiterung der Einzelstaaten kommt es kaum, die Verflechtungen sind zu eng.

Jimmy Carter war ein Präsident, der

die Hauptstadt nicht mochte, dort aufräumen wollte. Ronald Reagan fühlt sich in Washington wohl und hält den Rückzug des Bundesstaates von vielen Aufgaben im Entscheidenden für eine Stärkung.

Auf der Linken gibt es zwei Traditionen: die «Graswurzeln» der Bürgernähe und die Reformen, die nur ein starker Bundesstaat gegen die Grossunternehmen durchsetzen kann. Da ist ein Widerspruch. Doch grundlegend ist auch ein Widerspruch im konservativen Lager. Hier wird gegen die «me generation», die Ideologie der sofortigen Befriedigung jedes Wunsches, die ausschliessliche Gegenwartsbezogenheit gewettert. Doch im Wirtschaftlichen charakterisiert weder Tradition noch Bedenken der Zukunft Reagans «administration». Öffentliche Investitionen im «Unterbau» – für Schienen, Strassen, Brücken, Häfen, die verrotten, mehr Mittel für langfristige Forschung, Produktivitätssteigerung, schadlose Beseitigung des giftigen Mülls – das wird vernachlässigt. Gut ist, was schnellen Gewinn bringt. Für die Lösung sich verschärfender Probleme sind die notwendigen Impulse kaum zu erkennen. Auch die Konservativen bieten hier keine überzeugende Antwort; das Bewusstsein der tiefliegenden Probleme bleibt einer Minderheit vorbehalten. Die Zukunft hat keine «constituency», keine «lobby».

François Bondy

«Eigenanstrengungen» – nur ein Wort?

Das Wort «Eigenanstrengungen» wird in der entwicklungspolitischen Diskussion überstrapaziert. Die häufige Erwähnung des Begriffs bedeutet keineswegs, dass sich heute bei Gebern und Empfängern von Entwicklungshilfe wirklich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Entwicklungshilfe nur dann – über rein humanitär-karitative Aspekte hinaus – sinnvoll ist, wenn sie Eigenanstrengungen im Empfängerland fördert oder auslöst. Die Proklamation von Eigenanstrengungen bei vielen – wenn nicht den meisten – Entwicklungsländern hat kaum mehr Gewicht als ein Lippenbekenntnis. Viele bi- und multilaterale Geber nehmen solche Proklamationen (denen man gern noch den Slogan «Hilfe zur Selbsthilfe» hinzufügt) mit einem Augenzwinkern hin – erleichtern sie ihnen doch die Rechtfertigung ihrer Hilfsaktionen gegenüber den eigenen Kontrollinstanzen.

Zum Reizwort kann der Begriff der Eigenanstrengungen dann werden, wenn in Verhandlungen über die Gewährung von Hilfe – heutiges Modewort «policy dialogue» – der Geber ernsthafte Eigenbemühungen im Empfängerland ganz konkret zur Voraussetzung der Hilfe macht. Nicht selten werden diesbezügliche Bedingungen oder Auflagen als Einmischung in die inneren Verhältnisse des Empfängerlandes, ja als Souveränitätsverletzungen kritisiert. Unter den multilateralen Gebern steht z. B. der Internationale Währungsfonds mit seinen, von manchen Kritikern gar nicht voll gewürdigten entwicklungspolitischen Auflagen unter ständigem Beschuss, so-

bald er die Schaffung gewisser Voraussetzungen dafür fordert, um die von ihm gewährte Hilfe entwicklungswirksam zu gestalten.

Angesichts einer verbreiteten Geistesverwirrung war es erfrischend, dass der UNO-Generalsekretär, Perez de Cuellar (Peru), kürzlich vor Journalisten in New York folgende – für UNO-Funktionäre ungewöhnliche – Worte fand: «Die Entwicklungsländer müssen *innere* Massnahmen ergreifen, um ihre Wirtschaftslage zu verbessern. Wenn man andere um Hilfe ersucht, so hat man sich zunächst selbst zu helfen ... Ich komme aus einem Entwicklungsland und weiss daher, wovon ich spreche. Wir müssen vor allem *unser Haus in Ordnung bringen*, bevor wir Hilfe von den entwickelten Ländern verlangen.»

Noch drastischere Formulierungen wählte der bisherige Generaldirektor des OPEC-Fonds, Ibrahim Shihata, in dem in London erscheinenden «Third World Quarterly» (Juli 1983). Entwicklung müsse zu Hause beginnen, schreibt Shihata. Die Rettung der Entwicklungsländer dürfe nicht von Massnahmen des Nordens abhängig gemacht werden, da man die eigene wirtschaftliche Zukunft nicht auf dem guten Willen anderer basieren könne. Die Entscheidungsträger des Südens müssten zu Hause einen *entschlossenen neuen Kurs* einschlagen und dabei unvermeidliche Opfer hinnehmen.

Für die fanatischen Anwälte einer sogenannten neuen internationalen Wirtschaftsordnung muss es grausam klingen, wenn ein prominenter Entwicklungspolitiker wie Shihata fest-

stellt, dass der *Verbrauchszuschnitt* in vielen Entwicklungsländern – und zwar insbesondere der der Eliten – sich nicht leicht mit den so oft vorgebrachten revolutionären Forderungen nach internationalen Reformen vereinbaren lässt. Shihata weiter wörtlich: «Die knappen *Ressourcen* vieler Entwicklungsländer werden *nicht sorgfältig* eingesetzt.» Zur Popularität des früheren OPEC-Chefs dürfte es kaum beitragen, wenn er schliesslich auf zwei vordringliche Problemkreise hinweist: *Geburtenkontrolle* und Senkung der *Rüstungsausgaben*. Wird er als einer der Vizepräsidenten der Weltbank weiterhin die gleiche Sprache sprechen können? Es ist fair, dass die Dritte-Welt-Pressagentur Inter Press Service (IPS) den Ausführungen Shihatas breiten Raum gegeben hat.

Die hier angedeutete ernste Problematik, d. h. die fundamentale Bedeutung der Eigenanstrengungen für den Entwicklungsprozess wurde nicht nur in den beiden Brandt-Berichten vernachlässigt, sondern auch in dem wochenlangen Palaver der UNCTAD VI in Belgrad (Juni 1983) fast völlig ignoriert.

Die simple Forderung massiver Steigerungen der äusseren Hilfe, insbesondere der Erreichung des – völlig willkürlich gegriffenen – sogenannten 0,7-Prozent-Ziels (Hilfsvolumen in Höhe von 0,7 % des Bruttosozialpro-

dukts jedes Geberlandes) sieht die Problematik viel zu einseitig. Noch so grosse äussere Ressourcen werden keinen echten Entwicklungsprozess auslösen, wenn es im Empfängerland an gewissen – von Fall zu Fall verschiedenen – Grundvoraussetzungen fehlt. Mit blossen Lippenbekenntnissen zu Eigenanstrengungen ist gar nichts getan. Gerade diejenigen, die für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe plädieren, müssen Koppelung der Hilfe an Eigenanstrengungen rückhaltlos klarstellen. Angesichts der Knappheit an Ressourcen müssten bei der Vergabe der Hilfe solche Länder den Vorrang haben, die dartun, dass sie mit den äusseren Mitteln sinnvolle Initiativen ergreifen und z. B. wirksam Arbeit und Brot schaffen können. Eigenanstrengungen dieser und anderer Art sollten in einem partnerschaftlichen Dialog eine zentrale Rolle spielen. Sie können sich auf sämtliche wirtschaftlichen und sozialen Aspekte beziehen, wobei auch die Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Elemente nicht ausgeschlossen ist. Botschafter Marcel Heimo, ehemaliger Chef der Berner Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, fasste seine jahrelangen Erfahrungen im September 1982 in seiner Abschiedsansprache wie folgt zusammen: «Man entwickelt nicht, man entwickelt sich.»

Otto Matzke

Exzellenzen und Käuze aus der Unterwelt

Fritz von Herzmanovsky-Orlando – eine Renaissance?

Der Dichter und Zeichner *Fritz von Herzmanovsky-Orlando*, dessen Komödie «*Baby Wallenstein oder Prinz Hamlet der Osterhase oder ‚Selawie‘*» zu Silvester am *Schauspielhaus Zürich* uraufgeführt worden ist und derzeit auf dem Spielplan steht, ist 1954 in Meran gestorben, gekannt von Künstlern, Dichtern und Literaten, aber der Öffentlichkeit zunächst kaum zugänglich, da von seinem literarischen Schaffen nur gerade eine Erzählung als Privatdruck und – in einer kleinen Auflage – ein bizarrer Roman, «*Der Gaulschreck im Rosennetz*», erschienen waren. Friedrich Torberg nahm sich des Nachlasses an, bearbeitete, was ihm publikationswürdig schien, und gab Herzmanovskys Werke in einer vierbändigen Ausgabe heraus. Meine Vorstellung von dem, was der Architekt und Abkömmling uralter Adelsfamilien der Donaumonarchie sein Lebtage geschrieben hat, Erzählungen, Dramatisches, Ballette, beruhte lange Zeit auf Torbergs Edition, der aber bald auch vorgeworfen wurde, sie verfälsche das Werk, sie beschneide die bizarren Einfälle, die barocken Spielereien, die Sprachfeuerwerke des Dichters. Die Zürcher Uraufführung fällt zeitlich mit dem Erscheinen der ersten Bände einer kommentierten Ausgabe zusammen, die nun erst den Anspruch erheben darf, Herzmanovsky-Orlando im Original vorzustellen¹. Innert sechs Jahren soll sie, inklusive Briefe und Zeichnungen, vollständig in zehn Bänden vorliegen. Das

Schauspielhaus konnte sich auf den textkritisch gesicherten Wortlaut der «*Komödie aus den feinsten Kreisen Böhmens und Mährens*» stützen, nicht bloss auf das Fragment, das Torbergs Ausgabe enthält. Der nämlich gab davon nur Auszüge und fasste in einem kurzen Text am Schluss zusammen, wie die Komödie ausgeht.

*

War denn nun das Bild falsch, das man sich bis jetzt von einem Autor gemacht hat, der skurril, verspielt und vertrackt in einem Phantasiereich, das nach dem dort beliebten Kartenspiel Tarockei genannt wird, die Exzellenzen und Käuze aus der k. und k. Unterwelt wieder auftreten lässt? So sicher bin ich nicht, ob nicht im Gegenteil die Inszenierung *Hans Hollmanns* eine neuerliche «*Bearbeitung*» des noch wenig bekannten Dichters sei, eine Neuentdeckung, die ihren Gegenstand sogleich wieder verfehlt. Der Zweifel bezieht sich nicht auf den Text; der ist so vollständig wie möglich, aber in manchen Partien der Uraufführung zu bedeutungsschwer ausgespielt, statt leichtfüßig und bei-läufig. Der Abend müsste ganz so lang nicht und sicher dürfte er weniger schwerfällig sein. Im Foyer sind entzückende Zeichnungen Herzmanovsky-Orlandos ausgestellt, Blätter eines Poeten des Farbstifts, eines zarten Erotikers mit grotesken Zügen. Ein Hauch von Rokoko, der silberne Klang von Spieldosen ist um die gra-

ziösen Figürchen, denen der Künstler zum Kontrast Tölpel und Trottel an die Seite stellt, verwachsene Männchen, die den Liebreiz der Nymphen um so heller erstrahlen lassen. Werner Hofmann hat über den Zeichner FHO ein Vorwort zu einer Buchausgabe geschrieben, das in der Theaterzeitung abgedruckt ist. Liesse man sich von dem Geiste leiten, der in den Zeichnungen beschwingt und heiter seinen bildlichen Ausdruck findet, so müsste die Komödie, die das Personal des Wallensteindramas in der Republik Masaryks auferstehen lässt, als Commedia dell'Arte weit mehr denn als Abfolge kabarettistischer Nummern mit dünnen Stellen dazwischen gespielt werden. Dann wäre nicht die Karikatur und damit die Persiflage der Exzellenzen und Käuze einer versunkenen Welt das Thema, sondern im Gegenteil so etwas wie Hommage, nostalgische Verehrung einer Kultur, die im Völkergemisch und im hofbürokratischen Schnickschnack ebenso ihren Ausdruck gefunden hat wie in einer Offenheit und Toleranz, die Lebensart und Geistigkeit wie kaum sonst durchdrungen haben. Hans Hollmann und das Schauspielhausensemble haben aus «*Baby Wallenstein*» eine effektvolle Theatersache gemacht, sie haben österreich-ungarische Trottelhaftigkeit und «Gemietlichkeit» (Hubert Kronlachner als liederseiger Töhötöm Graf Üllö mit Herz – und leider wenig Stimme) breit ausgespielt. Aber war das denn der ganze FHO?

*

Angesichts der Doppelbegabung des Fritz von Herzmanovsky-Orlando als Dichter und Zeichner wieder einmal

vom «Gesamtkunstwerker» zu sprechen, ist nichts weiter als eine Gedankenlosigkeit, eine modische Masche. Wichtiger wäre, dem allerdings alles andere als harmlosen Phänomen dieses spät entdeckten Werks und seines Urhebers durch die Sicherung der biographischen Fakten, durch die Wiederherstellung des originalen Textes und durch eine Interpretation näher zu kommen, die den Rhythmus und den Geist dieses Phänomens zu erfassen und von der Bühne her zu vermitteln sucht. Die kritische Gesamtausgabe des Salzburger Residenz Verlages, die jetzt zu erscheinen begonnen hat, ist ein grosser und dankenswerter Schritt in diese Richtung. Nur muss man sich klar darüber sein, dass sich aus ihm neue Schwierigkeiten ergeben, von denen ich hier zwei wenigstens andeutungsweise nennen will.

Wenn man sich fragt, warum Torberg wohl von der Komödie «*Baby Wallenstein*» nur Auszüge gebracht habe, ist die Antwort nicht völlig von der Hand zu weisen, er habe das Gute und vielleicht Geniale vom weniger Guten und vielleicht Banalen gesondert; er habe als qualitätssicherer Kritiker (und also – in seinem Verständnis – im Interesse des verstorbenen Freundes!) gehandelt. Die Komödie als Ganzes, so wie sie dem Schauspielhaus nach den wissenschaftlichen Vorarbeiten von Klaralinda Kircher, der Herausgeberin des für 1984 geplanten Bandes «Dramen» der kritischen Gesamtausgabe, im Wortlaut vorlag, enthält neben genialen Einfällen und grossartigen Szenen doch auch weniger überzeugende Scherzlein. Was im Freundeskreis, in der Runde kneipender Studenten ausgelassene Heiterkeit

zu erzeugen vermochte, braucht nicht auch schon den Rang der Komödie zu haben. Torberg hat in seine vierbändige Werkauswahl auch das Prosastück *«König Sonnenthal und das Kind»* aufgenommen, worin FHO erzählt, wie er mit seinen Kommilitonen von der Technischen Hochschule in Wien alljährlich ein klassisches Stück ausgewählt und aufgeführt habe. Einmal hätten sie gerne den *«Hamlet»* gespielt, und weil die Studenten besondere Freude an *«bewaffneten Haufen»* und *«Pilgerchören»* hatten, wollten sie, dass *«der Geist des sel. Vaters noch einige Bekannte aus der Unterwelt mitgebracht hätte»*. Der Regisseur des Burgtheaters und, als die Studenten insistierten, auch der Burgtheaterdirektor Schlenther widersetzten sich dem Ansinnen. In *«Baby Wallenstein»* widersetzt sich niemand dem Vorschlag, den Prinzen Hamlet als Osterhasen auftreten zu lassen, ihm beim berühmten Monolog statt des Totenschädels ein grosses Osterei in die Hand zu geben (*«in dänischen Farben»*), ja der Professor Seni befürwortet die Idee sogar mit dem Nachweis, dass in diesem Drama Shakespeares *«die meisten Eier vorkommen»*. So sage Polonius: *«Noch hier? Laertes! Ei, Ei . . .»*, und später sage er zweimal *«Ei wohl»*, während Hamlet selbst in den Ruf ausbreche: *«Ei! Es ist spitzbübische Munkerei.»* Mehr als ein Studentenuk ist das nicht, und auch die verballhornenden Textcollagen aus der klassischen Dramenliteratur, die dem angehenden Mimen Rudi Lallmayer dazu dienen müssen, seinen Weltschmerz wortreich und wohlgesetzt auszudrücken, wobei ihm seine Sprachhemmung zusätzliche Schwierigkeiten macht, ist nicht von

so umwerfender Komik, dass man – wie in Hollmanns Inszenierung geschieht – den jungen Johannes Silberschneider ausladende Sprech-Arien aufsagen lassen dürfte. Als Silvester scherz mag es hingehen, aber bitte nicht mit tieferer Bedeutung!

*

Kann sein, dass die vollständige Präsentation des literarischen Nachlasses, zu dem ja auch die Briefe gehören, das Bild des Fritz von Herzmanovsky-Orlando verändert, das bisher – vorwiegend auf Grund von Torbergs Edition – bestanden hat. Kann sein, dass die Retuschen und Ergänzungen Verdüsterungen und Schlimmeres zur Folge haben. Eine wichtige und signifikante Erscheinung wird er bleiben. Als die Donaumonarchie zerbrach, war er einundvierzig Jahre alt. Seine phantastischen Paraphrasen einer skurrilen und meinetwegen etwas vertrottelten, morsch gewordenen Wirklichkeit sind nicht nur das Satyrspiel nach der Tragödie, sondern vielleicht auch Trauer im Gewande des Spottes, Travestie und Parodie aus Verzweiflung. Man hat jetzt natürlich dem wenig erschlossenen Lebenslauf des neuentdeckten Autors nachgeforscht und ist dabei rasch auf Züge gekommen, die bisher nicht bekannt oder dann doch verschwiegen waren und die ihn teilweise in einem merkwürdigen oder eher schon in einem bedenklichen Licht zeigen. Er ist beeinflusst von jenem ehemaligen Mönch Lanz von Liebenfels, dessen obskure Rassenideologie nachweislich auf Hitler gewirkt hat und eine Frühform des nationalsozialistischen Rassenwahns ist. Lanz von Liebenfels hat schon

früh das Hakenkreuz zu seinem Zeichen gemacht. Er war es, der von den rassistisch überlegenen Ariern schwärmte und die Mischvölker als nicht erhaltenswert erklärte. Fritz von Herzmanovsky-Orlandos Briefe aber enthalten Indizien dafür, dass er die Ansichten dieses sonderbaren Propheten teilte. Und ausserdem war er ein Okkultist, ein Anhänger magischer Zirkel, einer, der nach einem Wort seines lebenslangen Freundes Alfred Kubin «*im Drüben gefischt*» hat. Der Briefwechsel mit Kubin (der als Band VII der Gesamtausgabe bereits vorliegt) dokumentiert befremdliche Neigungen des aristokratischen Spassmachers, so dass sich der «*Spiegel*» zum Beispiel zu fragen veranlasst sieht: «Muss die Geschichte umgeschrieben werden – die Lebensgeschichte des lebenswerten Skurrilphantasten, Sprach-Bizarristen, des Lordsiegelbewahrers alt-österreichischer Kapuzinergruft-Grotesken und k. u. k. Hofburg-Trotteleien, kurz: des Fritz von Herzmanovsky-Orlando?»

Vielleicht schon; aber es müsste dann geschehen vor dem Hintergrund der Fragen, die sein nachgelassenes und jetzt erst vollständig zugänglich werdendes Werk stellt. Wie kommt es, dass einer, der die Traditionen einer europäischen Kulturschöpfung, nämlich des ganz Mitteleuropa von Böhmen bis zur Adria und von Ungarn bis Österreich umspannenden Kulturraums mit seinen so verschiedenartigen Völkern, Talenten und Temperamenten durch Erbe, Begabung und Kreativität verkörpert und in bizarren Spiegelungen auszudrücken ge-

wusst hat, gleichzeitig einer Lehre verfiel, die – unter anderem – eine grässliche Horizontverengung, eine Verarmung, ein zur Doktrin erhobenes schauerhaftes Vorurteil war? Ich möchte in der Neuentdeckung seines Werks gern eine Renaissance jener Kulturschöpfung sehen; doch fordert sie dazu heraus, auch die Gefahren zu erkennen, denen sie zuletzt wohl aus ihren eigenen Bedingungen heraus erlag, und FHO ist da – mit seinen liebenswürdigen Eigenschaften, seinem feinen, witzigen Geist ebenso wie mit seinen okkultistischen und politischen Neigungen – eine Erscheinung, die derartige Gefahren einschliesst. Von einer Inszenierung einer seiner Komödien, noch dazu von einer Silvesterpremiere darf man im Hinblick auf derartige Fragestellungen nicht zuviel erwarten. Aber doch vielleicht dies, dass sie den bizarren, elitären Spätling, der sich als typischen Wiener Exponenten, als Hofmannsthal, Raimund und Nestroy nahe empfand, so treu wie nur möglich vermittelt.

Anton Krättli

¹ Fritz von Herzmanovsky-Orlando, Sämtliche Werke in zehn Bänden. Texte, Briefe, Dokumente. Kommentierte Ausgabe der Originaltexte mit den Illustrationen Herzmanovsky-Orlandos. Herausgegeben im Auftrag des Forschungsinstituts «Brenner-Archiv» unter der Leitung von Walter Methlagl und Wendelin Schmidt-Dengler. Residenz Verlag, Salzburg und Wien. Bereits erschienen: I: Der Gaulschreck im Rosennetz. Roman. II: Der Briefwechsel mit Alfred Kubin 1903 bis 1952.